

Kasten 1

Annahmen und Prognosen bezüglich der Rahmenbedingungen

Der vorliegenden Prognose liegen folgende Annahmen und Prognosen zugrunde:

Die sich derzeit entwickelnde Delta-Welle der Pandemie dämpft die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland im Schlussquartal 2021, aber weniger drastisch als im Frühjahr 2020 oder im Winter 2020/21. Für den fernereren Prognosezeitraum ab dem Frühjahr 2022 wird angenommen, dass von der Pandemie keine spürbaren Beeinträchtigungen für die gesamtwirtschaftliche Erholung in Deutschland mehr ausgehen.

Der Preis für Öl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt der zweiten Jahreshälfte 2021 bei 71 US-Dollar pro Barrel, im Jahr 2022 bei durchschnittlich 72,5 und im Jahr 2023 im Schnitt bei 76,5 US-Dollar. Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis Ende des Jahres 2023 bei 1,17 Dollar pro Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist im Prognosezeitraum in etwa so hoch wie im ersten Halbjahr 2021. Der Welthandel mit Waren (CPB) legt im Jahr 2021 mit 10,5% sehr kräftig zu, im kommenden Jahr steigt er um 3% und im Jahr 2023 um 3,3%. Die Europäische Zentralbank (EZB) lässt ihren Einlagezinssatz im Prognosezeitraum bei -0,5% und sorgt darüber hinaus weiterhin mittels längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte und Anleihekäufe dafür, dass die monetären Rahmenbedingungen im Euroraum günstig bleiben.

Die Finanzpolitik ist im Jahr 2021 erneut expansiv ausgerichtet. Zum einen werden aufgrund anhaltender Beschränkungen der wirtschaftlichen Aktivitäten in hohem Umfang Zuschüsse an die betroffenen Unternehmen ausbezahlt. Zum anderen wirken die Ausweitung monetärer Sozialleistungen, etwa des Kurzarbeitergeldes, der Grundsicherung oder des Kinderkrankengeldes, und die durch die Corona-Pandemie bedingten Mehrausgaben im Gesundheitswesen expansiv. Hinzu kommen unabhängig von der Corona-Pandemie auf den Weg gebrachte Steuererleichterungen, insbesondere der Abbau des Solidaritätszuschlags und die neuerliche Verschiebung der Eckwerte des Einkommensteuertarifs. Alles in allem beläuft sich der Impuls aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen im laufenden Jahr auf 2,1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im Jahr 2022 wirkt die Finanzpolitik insgesamt sehr restriktiv, weil ein Großteil der Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie und des Konjunkturpakets bis dahin annahmegemäß auslaufen. Lediglich die investiven Maßnahmen aus dem Zukunftspaket, die investiven Maßnahmen aus dem Aufbauhilfefonds 2021 sowie weitere Entlastungen bei der Einkommensteuer liefern Impulse. Im Jahr 2023 wirken die diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen nach jetzigem Stand erneut restriktiv. Dabei ist unterstellt, dass die Corona-bedingten Maßnahmen bis dahin ausgelaufen sind und die übrigen diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen insbesondere infolge steigender Beitragssätze zu den Sozialversicherungen dämpfend wirken. Im Jahr 2022 beläuft sich der restriktive Effekt aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen auf 2,8% und im Folgejahr auf 0,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.